Industrie- und Handelskammer
Aachen

IHK Aachen | Postfach 10 07 40 | 52007 Aachen

Theaterstraße 6 - 10
52062 Aachen
http://www.aachen.ihk.de

Herrn Bürgermeister
Walter Ramm
Gemeinde Kreuzau
Bahnhofstr. 7
52372 Kreuzau

Auskunft erteilt
Reinhard Bey
Telefon: 0241 4460-281
Telefax: 0241 4460-153
E-Mail: recht@aachen.ihk.de

Unser Zeichen
be/bec, VI, 8

Aachen,
1. März 2007

Haushaltssatzung 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für die Übersendung der aktuellen Haushaltsunterlagen dürfen wir Ihnen danken.

Bereits seit Jahren sind in der Gemeinde die Einnahmen und Ausgaben nicht mehr im Gleichgewicht. Im Haushaltsentwurf 2007 klafft eine Deckungslücke von 16,49 Mio. Euro. Allerdings sind deutliche Besserungstendenzen erkennbar. Während die Rechnungslegung 2005 noch einen Jahresfehlbetrag von 3,4 Mio. Euro ausweist, schrumpft er in 2007 auf rund 500.000 Euro. Für 2006 wird nach ersten Berechnungen ein ähnliches Ergebnis erwartet.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zu finden. Für die Gewerbesteuereinnahmen wird mit 3,8 Mio. Euro ein Rekordergebnis erwartet. Auch die Einkommensteuer wächst gegenüber der Rechnungslegung deutlich um 521.000 auf 6,4 Mio. Euro. Um 1,7 Mio. legen die Schlüsselzuweisungen zu, sodass die Kommune insgesamt Deckungsmittel von 17,3 Mio. Euro verbuchen kann. Dies ist ein Plus von 3,3 Mio. (jahresdurchschnittlich 12,7 Prozent) gegenüber 2005.

Auf der Ausgabenseite bleiben die Personalkosten mit 5,2 Mio. auf dem Niveau der Rechnungslegung. Deutlich, um jahresdurchschnittlich 5,4 Prozent, sinkt der Sachaufwand (minus 936.000 Euro), wobei die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen um 458.000 Euro und die Position „Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben“ um 214.000 Euro niedriger angesetzt sind.

An den Kreis werden 2007 9 Mio. Euro abgeführt, fast 70 Prozent der Steuereinnahmen der Gemeinde. Die Höhe der Kreisumlage ist seit Längerem umstritten, weil sie zu den höchsten im Land gehört – auch unter Berücksichtigung von mancherlei Sonderumlagen (u. a. ÖPNV) in anderen Kreisen. Daran hat auch die im letzten Jahr vollzogene Senkung nichts geändert, da die Kommunen seitdem die hälftigen Unterbringungskosten der Hartz-IV-Empfänger zu tragen haben. Für den Kreis aufkommensneutral, für die Kommunen in ihrer Gesamtheit ein Null-

summenspiel (freilich mit unterschiedlicher Wirkung bei den einzelnen Gemeinden). Dagegen wäre Spielraum vorhanden, nicht nur für eine optische, sondern auch für eine materielle Umlagensenkung, allein schon wegen der konjunkturellen zufließenden Mehreinnahmen. Ohne „Verluste" gegenüber den eigenen Ausgangsplanungen beläuft sich das Senkungspotenzial der Kreisumlage auf mindestens 3 Punkte. Zu unterstützen ist folglich die Verfügung des Regierungspräsidenten Köln vom 8. Dezember 2006. Hier heißt es an die Adresse der Kreise: „Auch hier sollte der Grundsatz gelten, dass konjunkturbedingte Mehreinnahmen nicht automatisch und ungezügelt zu Mehrausgaben führen sollten. Vielmehr sollten die Kreise und die Landschaftsverbände mit Blick auf die nicht nur leeren, sondern überschuldeten Kassen der die Umlage zahlenden Kommunen eigene Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, die nicht nur ein Stabilhalten, sondern eine **deutliche Senkung des Umlagensatzes** als Ergebnis haben." Dies gilt umso mehr, als sowohl der Kreis Aachen als auch der Kreis Heinsberg um 2,4 Prozentpunkte gesenkt haben.

Ebenso wie in den Vorjahren weist der Vermögenshaushalt nur noch äußerst bescheidene Baumaßnahmen in Höhe von 646.000 Euro aus. Hier dürfte sich für die folgenden Jahre ein Investitionsstau anbahnen. Der Schuldendienst liegt mit rund 1,3 Mio. Euro um etwa 200.000 Euro niedriger als 2005. Da keine Nettoneuverschuldung erfolgt, sinkt der Schuldenstand der Gemeinde weiter auf nunmehr 12,8 Mio.

Auch für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 weist die Finanzplanung noch Nettofehlbeträge aus. Allerdings scheint der innere Ausgleich (ohne Abdeckung von Altfehlbeträgen) aufgrund der bisher eingetretenen positiven Veränderungen ab den Haushaltsjahren 2009 und 2010 im Bereich des Möglichen. Beide Haushaltsjahre weisen in der Planung einen Nettofehlbetrag von jeweils rund 100.000 Euro aus.

Kritikwürdig ist die vorab beschlossene Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 414 auf nunmehr 426 Prozent. Die zu erwartenden Mehreinnahmen bewegen sich – bezogen auf die Vorauszahlung – in einer Größenordnung von etwa 80.000 Euro. Dies entspricht weniger als **3 Promille** der Gesamteinnahmen der Gemeinde. Damit wird deutlich, dass dieser Betrag gänzlich zu vernachlässigen ist. Kein einziges **Problem** der Gemeinde wird mit der Gewerbesteuererhöhung gelöst, der **politische Flurschaden** ist hingegen beträchtlich. Die Unternehmen müssen dies geradezu als einen Akt der Undankbarkeit und Instinktlosigkeit betrachten, da bei der Entscheidung offenbar völlig unberücksichtigt geblieben ist, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen ohnehin binnen zwei Jahren (seit 2005) um mehr als 25 Prozent oder umgerechnet um 700.000 Euro verbessert haben.

Der Beschluss wird auch nicht dadurch richtiger, dass er geradezu eilfertig einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem Untersuchungsbericht gefolgt ist. Leider setzt die Gemeindeprüfungsanstalt damit ganz offensichtlich das Werk fort, das der Innenminister mit seiner teilweisen Aufhebung des „Handlungsrahmens" (zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten) beendet hatte. Bekanntlich wurde im letzten Jahr durch einen Erlass des Innenministers die bis dahin geltende Negativspirale aus immer weiteren Hebesatzerhöhungen unterbrochen, übrigens auf eine Initiative der Nordrheinwestfälischen Industrie- und Handelskammern hin. Die HSK - Kommunen sind seitdem in ihrer Hebesatzentscheidung frei und

müssen sich lediglich an Durchschnittssätzen orientieren, die im Falle von Kreuzau aber erheblich niedriger zu veranschlagen sind. Sehr viel mehr hätten die Gemeindeprüfungsanstalt und auch die Gemeinde politischen Druck auf die Kreisumlage ausüben müssen. Die oben genannten drei Punkte des Senkungspotenzials sind völlig unbeschritten, sie entsprechen im Haushalt der Gemeinde Kreuzau einem Betrag von 420.000 Euro, also rund dem Fünffachen dessen, was von der Gewerbesteuererhöhung einstweilen zu erwarten ist.

Wir bedauern abschließend sehr, dass die Politik mit ihrer voreiligen Entscheidung vollendete Tatsachen geschaffen hat. Wir appellieren an den Rat, sie im Hinblick auf die ohnehin kräftig sprudelnden Steuereinnahmen noch einmal zu überprüfen.

Freundliche Grüße

Industrie- und Handelskammer Aachen

i. A.

Jürgen Drewes
Hauptgeschäftsführer

Ass. Christoph Schönberger
Geschäftsführer